

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom: **25.01.2022**
von: **17:04 Uhr**
bis: **19:49 Uhr**
Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian	- als Vorsitzender
Stv Bell, Achim	- bis 19.09 Uhr (TOP 8)
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
AM Flohren, Angelika	
Stv Köckritz, Anja Alexandra	
AM Langemeyer, Susanne	
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	
AM Schloos, Ulrich	
Stv Stahl, Peter H.	- bis 19.24 Uhr (TOP 10)
AM Weber, Frank	- bis 19.42 Uhr (TOP 12)
Stv Wittenburg, Samuel	- bis 18.54 Uhr (TOP 8)

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Monika	
AM Dr. Berg, Reiner	vertritt Käuser, Rüdiger
Stv Böcking, Verena	vertritt Thimm, Heiko
AM Dörner-Lipinski, Monika	vertritt Heupel, Michael - bis 19.20 Uhr (TOP 10)
AM Engelbert, Holger	- bis 19.47 Uhr (TOP 12)

AM Hellwig, Raimund	vertritt Hörnberger, Kevin-Lee
AM Henrichs, Christoph	- bis 19.27 Uhr (TOP 10)
AM Dr. Jänicke, Karin	
AM Jüngst, Werner	
AM Katz, Heike	vertritt N. N. (Beirat der Menschen mit Behinderung),
IntRM Lübke, Lada	
AM Lutz, Alexandra	

Als Vertretung der Schulaufsicht des Kreises Siegen- Wittgenstein

AM Sziburies, Peter	- bis 19.40 Uhr (TOP 11)
---------------------	--------------------------

Als Zuhörer:

AM Eva Hagen

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	- bis 19.35 Uhr (TOP 10)
StK Cavelius	- bis 19.15 Uhr
VA Helmes	- bis 18.56 Uhr (TOP 8)
VA Uhr	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Elsermann, Matthias	-entschuldigt
AM Göckus, Ernst	
AM Heupel, Michael	vertreten durch AM Dörner-Lipinski, Monika
AM Hörnberger, Kevin-Lee	vertreten durch AM Hellwig, Raimund
AM Käuser, Rüdiger	vertreten durch AM Berg, Dr. Reiner
N. N. (Beirat der Menschen mit Behinderung),	vertreten durch AM Katz, Heike
Stv Thimm, Heiko	vertreten durch Stv Böcking, Verena
AM Schneider, Martina	
AM Utsch, Michael	
Stv Zöllner, Klaus	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Herr Kraft verweist vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Vorgaben der aktuellen Corona-Schutzverordnung.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.11.2021

Die Niederschrift wurde digital veröffentlicht.

Um jedem die Kenntnisnahme zu ermöglichen, soll der Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung erneut in die Tagesordnung aufgenommen werden.

8. AfSuB 25.01.2022

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

8. AfSuB 25.01.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

4. Baumaßnahme Ganztags Hauptschule Achenbach - Antrag der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AT 160/2021

Herr Bell erläutert zunächst den Antrag.

Herr Dezernent Schmidt trägt vor, der Bolzplatz sei in einer einfachen Art und Weise repariert worden und benutzbar. Was die Baumaßnahmen an der Schule angehe, befinde sich die Schulverwaltung mit der Gebäudeunterhaltung im Gespräch. Handele es sich nicht um eigene investive Maßnahmen, die im Haushalt enthalten seien, handele es sich in der Regel um Maßnahmen, die unter den Oberbegriff Bauunterhaltung fallen oder unter anderen Titeln zu finden seien. Hier sei gemeinsam abzugleichen, mit welcher Priorität, welchen Mitteln und Personal diese Maßnahmen abgewickelt werden können. Nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen und Beschluss über die Haushaltsmittel könne festgelegt werden, was umsetzbar sei.

Zum Verfahren bzgl. der vorgelegten Fotos über die Außenanlagen frage er, ob die Schulleitung bei der Schulverwaltung interveniert habe. Er sehe hier zunächst die Aufgabe zur Klärung der Angelegenheit bei Verwaltung und Schulleitung. Erst wenn keine Einigung erzielt werden könne, sei die Beteiligung des Ausschusses für Schule und Bildung ein gangbarer Weg, so Herr Pfeifer.

Herr Bell erläutert, seines Wissens habe sich die Schule an die Verwaltung gewandt. Die Maßnahmen seien aber nicht ausreichend gewesen. Es handele sich um eine Hauptschule, die eine hervorragende pädagogische Arbeit leiste und der Fraktion sehr am Herzen liege, so dass der ausführliche Antrag gestellt worden sei.

Die Fraktion Die Grünen wünsche sich den Baubedarfsnachweis der Schulen, was das Außengelände der Schulen angehe, um bewerten zu können, inwieweit die Hauptschule Achenbach einen besonderen Bedarf gegenüber den anderen Schulen habe, so Frau Nüßing.

Herr Kraft regt an, diese dem Ausschuss grundsätzlich wieder zur Verfügung zu stellen.

Zuständiger Ausschuss für solche Maßnahmen sei der Bauausschuss. Inwieweit bei solchen Vorlagen auch der Ausschuss für Schule und Bildung beteiligt werden könnte, müsse er mit der Bauverwaltung abklären, so Herr Dezernent Schmidt. Schulfachlich sei man der Meinung, dass man attraktive Außengelände benötige, leider gebe es diesbezüglich ein Defizit bei den Schulen. Man stehe mit den Schulleitungen im Gespräch. Es komme natürlich auch vor, dass Schulleitungen, zum Beispiel beim Verschieben von Prioritäten, Dinge anders sähen.

Abschließend gibt der Schulleiter der Hauptschule Achenbach, Herr Henrich, ein Statement ab und bedankt sich für den Einsatz und das Engagement. Die Verbindung von Schulleitung und Verwaltung bestehe und sei gut. Maßnahmen seien auch an der Schule erfolgt. Natürlich beständen noch Bedarfe.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.*

Der Antrag der UWG- Fraktion wird aufgrund des Sachstandsberichtes nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Das Tätigwerden der Verwaltung soll abgewartet werden.

8. AfSuB 25.01.2022

**5. Außengelände Ganztaghauptschule Achenbach
- Antrag der UWG- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 161/2021

Die Zielrichtung sei die gleiche wie unter TOP 4. Er könne sich damit anfreunden, wenn die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig werde, um Abhilfe zu schaffen und ein adäquates Schulumfeld zur Verfügung zu stellen, so Herr Bell.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis, dass die Situation im Blick behalten und Abhilfe geschaffen wird.*

8. AfSuB 25.01.2022

**6. Kostenlose Hygieneartikel an Schulen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 171/2021

Frau Pflogsch erläutert den Antrag.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Pfeifer, Wittenburg, Kraft, Hellwig sowie Frau Bialowons- Sting und Frau Pflogsch.

Die Aussprache wird wie folgt zusammengefasst:

- Der Antrag wird für sinnvoll gehalten, obwohl in der Praxis bereits an den Schulen ausgeholfen wird.
- Die Formulierung des Antrages dahingehend, dass eine Abstimmung und eine Rücksprache mit den Schulleitungen erfolgen soll, wird positiv bewertet.
- Ein Teil der Ausschussmitglieder wünscht sich eine geringe Kostenbeteiligung der Nutzerinnen.

Die Frage der Kostenbeteiligung wird kontrovers diskutiert. Neben den notwendigen Haushaltsmitteln wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dass Unberechtigte das kostenlose Angebot zweckentfremden sowie die Wegnahme der gesamten Eigenverantwortung der Schülerinnen thematisiert.

Andererseits sollte es eine hürdenlose Bereitstellung geben. Selbst ein kleiner Kostenbeitrag könne eine Hürde sein. Für Toilettenpapier oder Seife werde auch kein Beitrag erhoben und niemand nehme es mit.

Automaten bedürfen eines passenden Geldstücks oder einer Wertmarke, andererseits bestehe hier die Möglichkeit der Zerstörung, die Abwicklung über die Schulsekretariate stelle einen erhöhten Verwaltungsaufwand dar und sei nicht zielführend.

Dass aus Haushaltssicht ein Kostenbeitrag angesprochen werde, sei noch verständlich, aber es gehe hier um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Hygieneartikeln.

- Als Option wird angeregt, zunächst die Entwicklung abzuwarten und bei Erfordernis noch einmal nachzusteuern.
- Teilweise wird angemerkt, dass ohne Expertise der Schulleitungen eine Beschlussfassung zunächst zurückgestellt werden sollte.
- Es handele sich um einen empathischen Antrag für das Zusammenleben in den Schulen.
- Es sollte mit den Schulleitungen das Thema besprochen werden, ggf. gebe es unterschiedliche Lösungen bei den einzelnen Schulen.
- Die Gefahr des Missbrauches sei zu vernachlässigen, da dieser seitens der Lehrkräfte sanktioniert werde.

Der Antrag sei den Schulleitungen bekannt, man habe diesen erörtert, so Herr Dezernent Schmidt. Als Kommune sei das Tun in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung selbstverständlich, praktisch werde es bei Bedarf an den Schulen bereits getan und jede Schule habe für sich eine Lösung gefunden. Werde der Antrag beschlossen, könnte die eine oder andere Schule prüfen, ob dies eine bessere Lösung sei. Es gebe auch Überlegungen zur Aufstellung von Automaten, die Standortwahl sei aber nicht so einfach und man könne dies nur individuell entscheiden. Was die Frage eines Kostenersatzes angeht, sollte man diese ebenfalls den Schulen überlassen.

Herr Dr. Berg und Herr Engelbert berichten über die Erfahrungen aus ihren Schulen, auch was einen möglichen Obolus angeht.

Im Rahmen der Aussprache wird deutlich, dass die Vertreter der Fraktionen SPD, GfS, Volt, Linke CDU und UWG dem Antrag folgen können. Nach einer kurzen Diskussion, ob eine Veränderung des Antrages erfolgen sollte, wird der Antrag der Fraktion Die Grünen in unveränderter Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Auf den Toiletten der weiterführenden Schulen in Siegen wird die Anschaffung und Installation von Hygieneartikel-Automaten in Rücksprache mit Schulleitungen und Schülervertreter*innen geprüft und wenn möglich umgesetzt.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

8. AfSuB 25.01.2022

**7. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht**

**7.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen
Antrag der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 172/2022

Aufgrund der passenden Thematik wird der unter TOP 7.1 aufgeführte vom Rat an den Fachausschuss verwiesene Antrag der FDP- Fraktion zu den Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen im Rahmen des TOP 7 beraten.

⇒ *Die Präsentation zum Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt.*

Der Original- Niederschrift ist die Präsentation als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.

Zu dem an den Fachausschuss verwiesenen Antrag erläutert Herr Dezernent Schmidt, an welchen Stellen der Präsentation sich die im Antrag unter den Spiegelstrichen aufgeführten Punkte wiederfinden und geht kurz auf die Auffassung der Verwaltung ein, deren schriftliche Stellungnahme unter AT 172/2022 A im Ratsinformationssystem einzusehen ist.

Er macht aber auch darauf aufmerksam, treffe man die politische Aussage, möglichst den Präsenzunterricht zu erhalten und vermittele den Familien, dass der Unterricht ohne Einschränkungen stattfinde, sei dies falsch. Die Kernaussage sei zwar auch Auffassung der Verwaltung und man unterstütze diese. Testungen würden durchgeführt, aber man dürfe nicht das Vorliegen einer Normalsituation vermitteln. De facto sei diese nicht vorhanden, so befänden sich derzeit mehrere Klassen in Quarantäne. Die Situation betreffe alle Schulformen und im Jugendhilfebereich auch die Kitas.

Herr Hellwig erläutert und präzisiert den Antrag. Man könne darüber nachdenken, mit der Universität Kontakt aufzunehmen. Studierende könnten ihre Praxisphasen in speziellen Gruppen absolvieren, hier denke er an die Personen, die Schwierigkeiten hätten, dem Onlineunterricht aufgrund der räumlichen Situation oder aufgrund von Sprachschwierigkeiten zu

folgen. Es gebe Gruppen, die von den Angeboten schlecht erfasst würden. Er spreche sich dafür aus, diese Gruppen und die Kommunikation mit diesen Gruppen stärker in den Fokus zu nehmen.

Der Antrag sei ihr zur Frage was gewünscht sei zu vage, so Frau Nüßing. Es gebe bereits Unterstützungsgebote. Gegebenenfalls könne die Verwaltung in Rücksprache mit der Universität Feriencamps anbieten oder prüfen, ob die vorhandenen Nachhilfeinstitute Angebote hätten und ob diese ausgelastet seien.

Geist des Antrages sei die Sorge, dass Schüler abgehängt werden. Aus der Stellungnahme der Verwaltung gehe hervor, dass es Angebote gebe, die seitens der Kommunen und des Landes organisiert würden. Es sei schwierig, nunmehr der Kommune noch aufzuerlegen, Kinder, Bedarfe, Lehrpläne festzustellen und zu ermitteln, wo noch zusätzlich unterstützt werden könnte. Bei den äußeren Schulangelegenheiten werde viel getan, aber an dieser Stelle sei die Kommune außen vor, so Herr Pfeifer. Der Geist des Antrages werde von allen geteilt, die Maßnahmen selber seien kommunal nicht relevant.

Herr Dezernent Schmidt informiert über bereits angebotene Maßnahmen.

Das Kommunikationsdefizit halte er nicht für so massiv, so Herr Kraft, die größte Expertise bestehe an den Schulen, da dort auch bestehende Defizite bekannt seien. Gegebenenfalls könnten den Schulen unmittelbar Informationen über Angebote mitgeteilt oder angefragt werden, ob die entsprechende Zielgruppe zur Verfügung stehe. Einen Umweg über die Verwaltung halte er nicht für notwendig.

Für die Grundschulen stellt Frau Becker klar, dass man sich sowohl durch die Schulaufsicht als auch von der Schulverwaltung der Stadt über bestehende Angebote gut informiert fühle. Man stehe in einem Austausch und bekomme auch Unterstützung, wenn diese benötigt werde. Die Stadt habe den Schulen mehr Mittel durch den Verzicht eines Teils des Schulträgeranteils zur Verfügung gestellt, so dass jede Schule die Möglichkeit habe, die Mittel so einzusetzen, wie die Schule es für richtig halte. Dazu sei die Stadt nicht verpflichtet gewesen.

Es sei schwierig einem präventiven Antrag zuzustimmen. Derzeit gebe es in den Schulen einen dynamischen Prozess, bezüglich der aufgestellten Programme gebe es mittlerweile Erfahrungen in Zusammenhang mit der Pandemie, so Frau Langemeyer. Auch stelle sich ihr die Frage, wo die Gruppen zu finden seien, wenn sie in den Schulen nicht erkannt würden.

Herr Schloos schließt sich der Vorrednerin an, der Antrag sei ihm nicht verständlich. Kritisch merkt er an, das Problem der sozial schwachen Schüler und Schülerinnen sei nicht die mangelnde Förderung, sondern dass sie unter sich seien. Die Bildungsforschung spreche sich für eine Durchmischung der Milieus aus.

Der Geist des Antrages sei gut, den Maßnahmen könne seitens der SPD- Fraktion nicht zugestimmt werden, so Herr Pfeifer.

Die Nachfrage, ob der Antrag aufrechterhalten werden soll, verneint Herr Hellwig, da der Präsenzunterricht nach Möglichkeit aufrechterhalten werden solle und sich damit der über-

wiegende Teil des Antrages erledigt habe. Man solle sich aber weiterhin mit dem Thema befassen.

Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag. Das Thema soll jedoch weiter auf der Agenda verbleiben.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht über die Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

8. AfSuB 25.01.2022

7.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen Antrag der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AT 172/2022

Der Antrag wird im Rahmen der Aussprache des Tagesordnungspunktes 7 behandelt.

⇒ *Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag. Das Thema soll jedoch weiter auf der Agenda verbleiben.*

8. AfSuB 25.01.2022

8. Beratung des Haushaltsentwurfes 2022

Nach einführenden Worten von Herrn Stadtkämmerer Cavelius über die Haushaltssituation und Ausführungen von Herrn Helmes in Zusammenhang mit dem Stellenplan berät der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Im Rahmen der Aussprache beantworten die Vertreter der Verwaltung, Herr Stadtkämmerer Cavelius, Herr Dezernent Schmidt und Herr Helmes die sich ergebenden Fragen der Ausschussmitglieder abschließend.

Im Rahmen der Aussprache werden folgende Anregungen und Hinweise eingebracht:

- ❖ Es wird angeregt, zukünftig die verfügbaren OGS- Plätze als Kennzahl im Haushalt mit auszuweisen.
- ❖ Der Ausschuss sollte die 1,7 Mehrstellen für die Schulsekretariate durch einen Beschluss formal bestätigen.
- ❖ Die Angabe der Investition pro Kopf/ pro Schule/ pro Schulform im Haushalt bezogen auf die beiden Produktgruppen ist nicht darstellbar.

Beschluss

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen empfiehlt, für die Sekretariate der Grundschulen 1,7 Mehrstellen in den Stellenplan einzustellen.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

Enthaltung: AM Hellwig (FDP)

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Haushaltsentwurf 2022 zur Kenntnis.*

8. AfSuB 25.01.2022

9. Gemeinsames Lernen im Schuljahr 2022/2023

Vorlage Nr. VL 684/2021

Auf Nachfrage von Herrn Pfeifer zum Satz in Absatz 7 der Seite 5 der Vorlage (Die Einrichtung der o.g. Schulen für die Beschulung von Kindern an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten) führt Frau Uhr aus, dieser Satz sei nicht nur auf Gymnasien beschränkt, sondern beziehe sich auf alle weiterführenden Schulen, die für das gemeinsame Lernen benannt worden seien. Die Seite 4 der Vorlage enthalte die Aufstellung der Schulen, die als Schulen des Gemeinsamen Lernens eingerichtet seien.

⇒ *Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt das Vorgehen zum Gemeinsamen Lernen im Schuljahr 2022/2023 zur Kenntnis.*

8. AfSuB 25.01.2022

10. Anmeldeverfahren an den Grundschulen für das Schuljahr 2022/2023

Vorlage Nr. VL 685/2021

Zur Nachfrage von Frau Nüßing, ob die Abweichung von der Prognose zu problematisieren sei, führt Frau Uhr aus, tatsächlich werde jährlich in Abstimmung mit der Schulaufsicht nach den Ist-Zahlen geschaut, da man aufgrund von den Prognosen keine Klassen bilden könne. Die bestehende Abweichung führe zu keinen Problemen hinsichtlich der Klassenbildung.

Herr Schloos fragt nach einer Erklärung der Abweichung bei der Albert- Schweitzer- Schule.

Herr Dezernent Schmidt antwortet, Geisweid sei ein schwierig zu kalkulierender Bezirk, da mehr Bewegung aufgrund z. B. großer Mehrfamilienhaussiedlungen mit den entsprechenden Ein- und Auszügen, ein hoher Kinderreichtum und eine große Flüchtlingsunterkunft vorhanden sei. Es seien bereits schulorganisatorische Maßnahmen für die Albert- Schweitzer- Schule getroffen worden. Die Abweichungen hätten nichts mit einem fehlgeleiteten Schulkonzept oder desolaten Schulen zu tun, sondern mit der Gesamtheit der genannten Faktoren.

Ein weiterer Grund sei, dass in diesem Jahr das Hüttental, das in den letzten Jahren der Birlenbacher Schule zugewiesen wurde, der Albert- Schweitzer- Schule zugeordnet worden sei, so Frau Becker. Nicht alle Kinder konnten aufgenommen und mussten an andere Schulen verwiesen werden. Gerade Familien mit Geschwisterkindern wünschten sich aber die jüngeren Kinder auf der gleichen Grundschule. Die Mehrkinder an der Birlenbacher Schule resultierten aus dieser Entwicklung. Sie kritisiert bei der erfolgten Veränderung der Bezirke die fehlende Kommunikation. Ihr Anliegen sei es, solche Änderungen vorher zu besprechen, um die Beziehungen zu den Eltern weiter erhalten zu können.

Frau Flohren thematisiert, ob die 41 Kinder, die an der Freien Christlichen Schule angemeldet seien, Siegener Schulen gefährden. Grundlage für die Entscheidung des Neubaus sei der Aspekt gewesen, dieser habe keinen Einfluss auf Siegener Schulen. Die Anzahl der Anmeldungen an der Waldorfschule oder an der Grundschule Niederschelderhütte sei im Vergleich verschwindend gering.

Frau Uhr führt aus, die Anmeldezahlen der Kinder aus dem Stadtgebiet Siegen hätten in der Vergangenheit bei ca. 34- 38 Kindern gelegen, seien in diesem Jahr somit nur geringfügig höher. Das Einzugsgebiet der Schule umfasse das gesamte Kreisgebiet. In diesem Jahr habe die Schule sowohl in Siegen als auch in Rudersdorf zwei Eingangsklassen gebildet. Bei einer Klassenstärke von 24 Schülern gebe es in diesem Jahr 41 Anmeldungen für 48 Plätze am Standort Siegen.

In Relation zu den Nachbarkommunen stellten die Siegener Schüler einen sehr großen Anteil dar, so Herr Kraft.

Man habe nicht gesagt, dass Siegener Schulen nicht betroffen seien, sondern, dass wenn der Schulstandort in Siegen sei, sich die Anzahl der Anmeldungen nicht groß verändern werde. Familien, die sich für die Freie Christliche Schule entscheiden, machten dies nicht vom Standort, sondern vom Schulkonzept abhängig, so Herr Dezernent Schmidt. Er könne nicht erkennen, dass der Siegener Standort der FCS deutlich zu mehr Anmeldungen an der Schule geführt habe. Bei einer Zahl von 3 Schülern sei dies nicht der Fall. Die Kinder in den letzten Jahren hätten sich an der FCS in Rudersdorf angemeldet. Ob sich die Situation in den kommenden Jahren verändere, sei zu beobachten.

Ob für die FCS noch Zusagen ausständen, sei ihr nicht bekannt. Zur Nordschule geht Frau Uhr davon aus, dass sich die Klassenstärke bis zum Schulbeginn noch erhöhen werde.

Frau Becker thematisiert, sie sei aus dem Kreis der Schulleitungen gebeten worden anzusprechen, dass im Grundschulbereich die Förderkinder nicht doppelt gezählt würden und sich dadurch die Klassengrößen nicht verringern. Bei weiterführenden Schulen sei dies der Fall. Ihr sei bekannt, dass das Schulgesetz derzeit diese Möglichkeit nicht hergebe, aber manche Grundschulen hätten eine größere Anzahl von Förderkindern. Man würde sich freuen, wenn hierzu eine Lösung gefunden würde, um zu erreichen, dass diese Klassen etwas kleiner werden.

Er könne das Anliegen nachvollziehen, so Herr Sziburries. Es gebe bei den Schulformen unterschiedliche Rechtslagen. Die Kommune werde an den Rechtslagen nichts verändern können, die Beratung und Entscheidung müsse an anderer Stelle getroffen werden.

Herr Kraft regt an, das Anliegen über die Bezirksregierung an die entsprechenden Stellen zu leiten.

Das Anliegen sei nicht neu, er biete an, dieses noch einmal mitzunehmen und weiter zu thematisieren, so Herr Sziburries.

Als Schulleiterin der Förderschule unterstützt Frau Lutz das Anliegen der Grundschulen.

⇒ *Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt das Anmeldeverfahren der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2022/2023 zur Kenntnis.*

8. AfSuB 25.01.2022

11. Finanzierung der Ferienbetreuung an den städtischen Grundschulen ab dem Schuljahr 2021/2022

Vorlage Nr. VL 708/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen gewährt den Maßnahmeträgern an den städtischen Grundschulen zur Finanzierung der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2021/2022 eine Förderung pro Kind und Tag gemäß den Handlungsempfehlungen dieser Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. AfSuB 25.01.2022

12. Errichtung eines Teilstandorts des Weiterbildungskollegs der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 713/2022

Frau Dr. Jänicke stellt das Weiterbildungskolleg der Universitätsstadt Siegen vor.

Auf Nachfrage von Herrn Schloos nach den Schulträgeraufgaben in baulicher Hinsicht, informiert Frau Uhr, dass der Kreis Olpe für das Gebäude zuständig bleibe, dies gelte auch, was die Innenausstattung betreffe.

Weiterbildung habe für ihn absolute Priorität, dennoch werde er sich enthalten, da das Thema noch nicht ausreichend diskutiert sei, so Herr Hellwig.

Die Maßnahme sei eine richtige Schulentwicklungsmaßnahme, so Herr Kraft, wodurch das Weiterbildungskolleg der Universitätsstadt Siegen gestärkt werde und der Schülerschaft aus dem Kreis Olpe ein relativ wohnortnaher Standort erhalten bleibe.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Errichtung eines Teilstandortes des Weiterbildungskollegs der Stadt Siegen, Schulnummer 164094, am Standort Kurfürst-Heinrich-Straße 34, 57462 Olpe (derzeit Weiterbildungskolleg des Kreises Olpe) zum Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022).
2. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Weiterbildungskolleg des Kreises Olpe, Schulnummer 195583, zum 31.07.2022 aufgelöst wird.
3. Nähere Einzelheiten werden im Wege einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Universitätsstadt Siegen und dem Kreis Olpe geregelt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

Enthaltung: AM Hellwig (FDP)

8. AfSuB 25.01.2022

gez. Kraft
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin